

Quo Vadis, USA? – der Podcast des Heidelberg Center for American Studies

19. August 2021

„The Right to Bear Arms? Waffenbesitz und gesellschaftliche Polarisierung in den USA“

Stefanie Wallbraun, GKAT

Anja Schüler: Guten Tag und herzlich willkommen zu einer neuen Folge des Podcast des Heidelberg Center for American Studies an der Universität Heidelberg, mein Name ist Anja Schüler. Aus den USA erreichen uns fast wöchentlich Berichte über Amokläufe und Schießereien. Die Nachrichten, die bei uns ankommen, sind allerdings nur die Spitze des Eisbergs. Im letzten Jahr starben knapp 20.000 Menschen in den USA durch eine Kugel. In diesem Jahr gab es landesweit bereits mehr als 150 sogenannte Massenschießereien, Vorfälle, bei denen mindestens vier Menschen verletzt wurden oder starben. In den USA ist der Erwerb von Schusswaffen einfach. Die meisten Politiker stellen sich gegen eine strengere Regulierung. Umso bemerkenswerter ist, dass der Bundesstaat New York im vergangenen Monat wegen der zunehmenden Gewalt mit Schusswaffen den Katastrophenfall ausgerufen hat. Interessanterweise finden sich lediglich in dreißig Prozent der amerikanischen Haushalte eine Waffe. Beim Thema Waffenbesitz scheinen die USA also ähnlich gespalten zu sein wie bei vielen anderen sozialen und kulturellen Fragen. Mein heutiger Gast forscht zum Zusammenhang von Waffenbesitz und gesellschaftlicher Polarisierung. Stefanie Wallbraun ist seit letztem Herbst Kollegiatin im Graduiertenkolleg „Autorität und Vertrauen“ am HCA. Sie ist nach Heidelberg gekommen von der Universität Hamburg, wo sie einen Master in Friedensforschung und Sicherheitspolitik erworben hat. Herzlich willkommen zum HCA Podcast.

Stefanie Wallbraun: Vielen Dank für die Einladung.

Anja Schüler: Lassen Sie uns doch mit einer großen Zahl beginnen. Laut der schweizerischen *Small Arms Survey* sind in den USA etwa 400 Millionen Waffen im Privatbesitz, von halbautomatischen Maschinengewehren bis zum Revolver für die Handtasche. Damit sind die USA die am stärksten bewaffnete Gesellschaft der Welt, übrigens vor dem Jemen. Haben Sie dafür eine Erklärung?

Stefanie Wallbraun: In den USA haben Waffen von Anfang an eine wichtige Rolle gespielt im Alltagsleben, in den Kolonien. Denn sie wurden zum Beispiel zur Jagd gebraucht oder auch zum Schutz vor wilden Tieren. Daraus haben sich auch die Jagd- und Sportelemente, die wir auch heute noch in der amerikanischen Waffenkultur finden, entwickelt. Waffen waren auch zur Ausdehnung der USA gen Westen unverzichtbar. Hier wurden Waffen genutzt, um Ureinwohner weiter nach Westen zu drängen und sich gegen Gesetzlose zu wehren. Auch die Miliztradition spielt eine wichtige Rolle. Denn vor der Revolution gab es weder das Personal noch die Ausrüstung für ein stehendes Heer. Und deshalb war die Bevölkerung als *Citizen Soldiers*, also Bürgersoldaten verantwortlich, und das Überleben hing davon ab, dass möglichst viele Bürger mit einer Waffe umgehen konnten. Das zeigte sich auch im

Militärdienst, zu dem jeder freie weiße Mann zwischen 16 und 60 Jahren verpflichtet war. Waffen wurden hier auch nicht gestellt, so dass jeder Milizsoldat seine eigene Waffe und Ausrüstung mitbringen musste. Milizen hatten mehrere Aufgaben. Zum einen haben sie vor Ort für öffentliche Sicherheit gesorgt. Sie mussten auch abrufbar sein zur militärischen Verteidigung gegen externe Angreifer, und später hatten sie die Aufgabe, die Bundesstaaten gegenüber Eingriffen der Bundesregierung zu verteidigen, also eine politische Aufgabe. Und später gab es besonders in den Südstaaten auch starke Überschneidungen mit den Sklavenpatrouillen, deren Aufgabe es wiederum war, Sklaven zu unterdrücken und Sklavenaufstände vorzubeugen und niederzuschlagen. 1791 wurde dann der zweite Verfassungszusatz verabschiedet, der, wörtlich genommen, erst einmal feststellt, dass eine gut regulierte Miliz für die Sicherheit eines freien Staates notwendig ist und dass die Bundesregierung nicht das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, einschränken darf. Was das bedeuten soll und welches Recht durch dieses Amendment begründet wird, ist allerdings sehr umstritten. Historisch wurde das Amendment so interpretiert, dass jeder weiße freie männliche Bürger eine Waffe besitzen dürfen sollte, um in einer Miliz dienen zu können. Das Second Amendment entstand nämlich unter dem Eindruck des Revolutionskrieges, in dem Milizen eine wichtige Rolle spielten. Sie verloren aber nach dem Unabhängigkeitskrieg recht schnell ihre Bedeutung. Im Verfassungszusatz ist also das Recht auf Waffenbesitz mit dem Milizdienst verknüpft. Heute gibt es Milizen in der Form nicht mehr, und außerdem verfügen die USA mittlerweile über eines der größten Heere der Welt. Trotzdem ist das Second Amendment aber heute noch relevant, denn ab den etwa 1960er Jahren wurde das vermehrt so interpretiert, dass es sich um ein individuelles Recht auf Waffenbesitz handelt, und diese Ansicht hat sich dann schließlich auch 2008 im sehr kontroversen Supreme Court Urteil im Fall *District of Columbia v. Heller* durchgesetzt. Und hier lautete die Begründung, dass sich Amerikaner zur Selbstverteidigung eben die Handfeuerwaffe ausgesucht haben, und der Besitz unabhängig von der Mitgliedschaft in einer Miliz geschützt ist, und eine Einschränkung des Rechts auf Waffenbesitz käme hier eine Einschränkung des Rechts auf Selbstverteidigung gleich, und das wäre eben nicht verfassungskonform. Zusammenfassend ist es also so, dass Amerikaner*innen heute so viele Waffen besitzen, weil sie erstens von Anfang an weit verbreitet waren, weil sie zweitens als persönlicher Besitz eben auch wesentlich für den Erfolg von Revolution und Expansion wichtig waren, und drittens natürlich auch wegen des kulturellen Mythos, der Waffen umgibt.

Anja Schüler: Genau, auf die sogenannte Waffenkultur kommen wir gleich noch einmal zu sprechen. Bleiben wir doch für den Augenblick erstmal beim zweiten Verfassungszusatz. Dieser besagt, dass der Waffenbesitz ein Grundrecht ist in den USA, und darauf berufen sich eben auch viele Befürworterinnen und Befürworter des unregulierten Waffenbesitzes. Was verteidigen diese Menschen, wenn sie den zweiten Verfassungszusatz verteidigen?

Stefanie Wallbraun: Ja, das ist tatsächlich ein sehr wichtiger Punkt, den Sie da ansprechen, denn die Debatte um das Second Amendment ist sehr politisch, und den wenigsten Menschen wird es vermutlich um das Second Amendment an sich gehen, sondern vielmehr um das, wofür Waffen und das Recht auf Waffenbesitz eben symbolisch stehen. Die Waffe ist nämlich auch ein Symbol für Freiheit, für Patriotismus. Sie steht für amerikanische Geschichte und amerikanische Werte, wie zum Beispiel Eigenverantwortlichkeit und Individualismus. Und

heute sicherlich ist sie auch ein Symbol für Konservatismus. Waffen sind aber auch ein Symbol für Männlichkeit und für die traditionelle Aufgabe von Männern, eben ihre Familien zu schützen, und auch die klassische gesellschaftliche Rolle des moralisch aufrechten Bürgers wahrzunehmen. Und wie auch die Verfassung an sich wird auch das Second Amendment als von Gott gegeben angesehen, und damit eben auch besonders wertvoll und schützenswert. Hier wird eben auch häufig argumentiert, dass etwas so Wichtiges und Schützenswertes, das von Gott gegeben wurde, eben nicht von einer weltlichen Regierung geändert werden sollte. Und letztlich ist die Waffe auch ein Ausdrucksmittel und sendet politische Botschaften, denn sie wird auch als Symbol des Widerstandes gegen den als übergriffig wahrgenommenen Staat angesehen. Dieser Staat, der versucht, die Freiheit der Bürger zu beschneiden. So haben wir zum Beispiel auch Protestierende während der Demonstrationen gegen die Coronamaßnahmen gesehen, die schwer bewaffnet vor den Kapitolen ihrer Bundesstaaten aufmarschiert sind. Und letztlich spiegeln Waffen auch das Misstrauen in den Staat und seine Institutionen wider, was auch wiederum die Legitimitätskrise verdeutlicht, in der die amerikanische Regierung steckt, was sich natürlich auch an anderen Phänomenen zeigt, wie zum Beispiel die Demonstrationen gegen Polizeigewalt, aber auch im dem allgemeinen sehr gering bis fehlenden Vertrauen in demokratische Prozesse, wie zum Beispiel Wahlen.

Anja Schüler: In Ihrer Doktorarbeit befassen Sie sich ja mit der amerikanischen Massenkultur und damit, wie sie die Gesellschaft polarisiert; mit dem Begriff Waffenkultur können wir ja hier in Deutschland relativ wenig anfangen. In unserem Selbstverständnis hat das eine mit dem anderen wenig zu tun. Was ist denn das Besondere am amerikanischen Umgang mit Schusswaffen? Da haben Sie jetzt ja schon sehr viel zu gesagt. Aber warum verwenden Sie diesen Begriff Waffenkultur?

Stefanie Wallbraun: Kultur im Allgemeinen bezieht sich ja erst mal auf bestimmte Verhaltensmuster, die durch Symbole dargestellt und auch weitergegeben werden, und den Kern von Kultur bilden Ideen und die damit verbundenen Werte. Und auch bei Waffenkultur geht es um viel mehr als um Waffen an sich. Was sich in der Symbolik und den Mythen und den damit verbundenen Traditionen, Werten und Weltanschauungen zeigt. Waffenkultur ist also das Produkt vom historischen Umgang mit Waffen und kann deshalb auch das heutige Handeln und heutige Politik beeinflussen. Diese Waffenkultur hat sich im Laufe der Jahrhunderte aber auch weiterentwickelt und verändert. Aus der ursprünglich im Überleben und bürgerlichen Pflichten begründeten Waffenkultur entwickelte sich dann eine, die hauptsächlich durch Freizeitaktivitäten ausgedrückt wurde, wie zum Beispiel Jagen, Zielschießen oder auch das Sammeln von Waffen. Das hat sich in den letzten 30 bis 50 Jahren allerdings deutlich verschoben. Ende der 1970er Jahre gaben noch fast drei Viertel der Waffenbesitzer*innen an, Waffen zu Freizeit Zwecken zu besitzen. Heute sind das aber nur noch etwa ein Drittel der Waffenbesitzer. Und stattdessen geben heute etwa zwei Drittel der Besitzer an, ihre Waffen zu besitzen, um sich selbst zu schützen. Und heute spricht man auch häufig von einer neuen Waffenkultur, der „culture of armed citizenship“, also etwa der Kultur des bewaffneten Bürgers. Und die zeichnet sich dadurch aus, dass Personen ihre Waffen offen oder verdeckt auch in der Öffentlichkeit tragen, um sich selbst, ihre Familie, aber auch die Gesellschaft als Ganzes vor Gefahren zu schützen. In der Wissenschaft wird es dann unterschiedlich begründet. Frauen tragen Waffen in der Regel, um sich vor Männern zu

schützen und den Größen- und Stärkeunterschied zu kompensieren, während bei Männern häufig breitere gesellschaftliche Entwicklungen eine Rolle spielen, wie zum Beispiel die nachlassende Relevanz von Männern als Ernährer der Familie, was durch die Einnahme der neuen Rolle als Beschützer der Gesellschaft kompensiert werden soll. In beiden Fällen spielt jedoch das kulturelle Ideal der Selbstverantwortlichkeit und Unabhängigkeit eine sehr wichtige Rolle.

Anja Schüler: Ich hatte es ja eingangs schon erwähnt: Die meisten amerikanischen Haushalte besitzen ja keine Waffen, das heißt also, die Gesellschaft ist beim Waffenbesitz gespalten. Sie ist auch in der Debatte um den Waffenbesitz und vor allen Dingen um seine Folgen gespalten. Die eine Seite will den Waffenbesitz einschränken, wenn nicht ganz verbieten. Diese Debatte kommt ja immer wieder auf nach einer neuen Massenschießerei. Die andere Seite erwidert, dass in dem Fall dann nur noch Kriminelle bewaffnet sind. Das ist der oft zitierte Spruch: „If guns are outlawed, only outlaws will have guns.“ Ich finde, das stellt so ein bisschen die Frage, ob denn jetzt Waffen das Problem sind oder eher die Menschen, die sie besitzen. Was meinen Sie dazu?

Stefanie Wallbraun: Richtig, das ist eine sehr wichtige Frage in der Debatte. Die Mehrzahl der Amerikaner*innen stimmt zu, dass Waffengewalt ein großes oder sogar sehr großes Problem darstellt. Allerdings sind sie sich eben uneinig darin, wie die Lösung aussehen soll. Und Gruppen, die sich für eine verstärkte Regulierung von Waffenbesitz einsetzen, sehen die Lösung in der Beschränkung des Zugangs zu Waffen, zum Beispiel durch das Verbot bestimmter Waffentypen und von Munitionsmagazinen mit hoher Kapazität, oder auch im Ausschluss bestimmter Personengruppen vom Waffenbesitz, oder auch in der Einführung von einheitlichen Wartezeiten für den Erwerb von Handfeuerwaffen. Ein häufig vorgebrachtes Gegenargument von Gruppen, die sich wiederum für Waffenrechte einsetzen, ist, dass eben nicht Waffen Menschen töten, sondern dass Menschen diese Waffen auf andere richten und abdrücken. Und diesem Argument folgend könne eine Einschränkung des Waffenrechts keine Lösung sein. Denn das eigentliche Problem ist ja der Mensch und auch der moralische Verfall und der Niedergang christlicher Werte in der Gesellschaft. So wurden zum Beispiel nach dem Schulmassaker von Parkland in Florida ein Gesetz verabschiedet, das Schulen verpflichtete, das Staatsmotto „In God We Trust“ gut sichtbar an Schulen anzubringen. Und zwar ist es nicht falsch, dass letztlich Menschen diese Waffen benutzen und daher die Schuld ebenso bei Menschen zu suchen ist. Aber soziale Faktoren spielen eben auch eine wichtige Rolle, wenn es um Gewalt geht. Daher sind auch immer wieder soziale und wirtschaftliche Programme Teil von Strategien zur Bekämpfung von Waffengewalt. So auch in Bindens Strategie zur Prävention von Waffengewalt, die im Juni diesen Jahres vorgestellt wurde. Ein anderer häufig angebrachter Lösungsansatz von Waffenrechtsaktivisten und Lobbygruppen ist, das Waffenrecht sogar noch auszuweiten, so dass mehr Menschen Waffen in der Öffentlichkeit tragen. Die Idee ist also, Waffengewalt mit mehr Waffen zu bekämpfen, oder wie es der Vorsitzende der *National Rifle Association*, Wayne LaPierre, sagte: „The only thing that stops a bad guy with a gun is a good guy with a gun.“ Also, dass nur ein guter Mensch mit einer Waffe einen schlechten Menschen mit einer Waffe aufhalten kann. Und daher werden auch immer wieder Maßnahmen diskutiert, die uns eher unverständlich und kontraproduktiv erscheinen, wie zum Beispiel die Bewaffnung von Lehrer*innen und anderem Personal an

Schulen oder die generelle Abschaffung von waffenfreien Zonen. Oder auch der Vorschlag, dass an mehr Orten Waffen verdeckt getragen werden dürfen. Und zu dieser Uneinigkeit kommt auch noch ein praktisches Problem hinzu. Denn niemand weiß so genau, wie viele Waffen es tatsächlich in zivilen Händen gibt und wer diese besitzt, denn es gibt kein zentrales Waffenregister, in dem Waffenkäufe und deren Käufer registriert werden. Und zusätzlich haben die USA auch ein großes Problem mit Waffendiebstahl. Etwa 380.000 Waffen werden jedes Jahr gestohlen und davon nur etwa 240.000 Diebstähle auch angezeigt, und nur wenige Bundesstaaten verfügen über Gesetze, die die Anzeige von Verlust oder Diebstahl verpflichtend machen, so dass auch der eigentliche Besitzer haftbar wäre. Auch in der Forschung konnte mittlerweile nachgewiesen werden, dass es einen Zusammenhang zwischen gestohlenen Waffen und Kriminalität gibt. Je nach Studie sind etwa ein Drittel bis sogar mehr als die Hälfte der Waffen, die für Straftaten verwendet werden, tatsächlich gestohlen. Es ist also nicht nur der legale Zugang zu Waffen, der problematisch ist, sondern auch die vielen Waffen, die sich bereits im Privatbesitz befinden.

Anja Schüler: Ja, es ist manchmal schwer, sich so eine Regulierung vorzustellen, weil sich ja in der Tat die Frage stellt: Was macht man mit diesen ganzen Waffen, von deren Existenz man ja noch nicht mal etwas weiß? Lassen Sie uns noch mal auf ein anderes Thema zu sprechen kommen, und zwar eine Entwicklung, die wir im letzten Jahr beobachten konnten. Ein sehr interessantes Phänomen, denn die Bewaffnung der amerikanischen Gesellschaft hat tatsächlich während der COVID-19 Pandemie noch einmal deutlich zugenommen. Man kann das sehr gut sehen. Mit Beginn des ersten Lockdowns im März 2020 gab es fast 900.000 *Background Checks* mehr als im Vormonat, im Februar 2020, also fast ein Viertel mehr. Der Schusswaffenbesitz hat also deutlich zugenommen mit Beginn der Pandemie, aber auch die Zahl der Massenschießereien, während die allgemeine Kriminalitätsrate eigentlich gesunken ist, auch das ist sehr interessant. Ich habe noch mal ein paar andere Zahlen mitgebracht. Vor allem in den großen Städten stieg die Zahl der Mordopfer rasant, da ragt besonders hervor Portland mit 82 Prozent, Minneapolis mit 72 Prozent, aber auch New York mit rund 25 Prozent, und Chicago verzeichnete im letzten Jahr die höchste Mordrate seit 25 Jahren. Wie kann man das erklären?

Stefanie Wallbraun: Zunächst klingt es erst mal naheliegend, dass der Anstieg von Waffengewalt auch auf den Anstieg von Waffenkäufe zurückzuführen ist. Eine Studie des *Firearm Violence Research Center* vom Juli dieses Jahres hat sich die ersten Monate der Pandemie noch mal genau angeschaut, konnte das jedoch nicht nachweisen und verweist stattdessen auf andere Faktoren, die zum Anstieg von Gewalt führten, wie zum Beispiel Jobverlust, Schulschließungen, oder auch die landesweiten Proteste gegen Polizeigewalt. In vielen Fällen von Waffengewalt handelt es sich auch um häusliche Gewalt, sodass auch Drogenmissbrauch oder die Schließung von Beratungs- und Anlaufstellen für Betroffene und Opfer eine wichtige Rolle spielen. Generell ist es so, dass Gewalt immer auch mit Armut und Benachteiligung zusammenhängt, und die Coronapandemie hat bestehende Ungleichheiten noch weiter verstärkt und sehr deutlich sichtbar und spürbar gemacht. Wir haben zum Beispiel Rekordzahlen von Arbeitslosenanträgen gesehen, und für viele bedeutete der Jobverlust auch der Verlust der Krankenversicherung, und viele weitere wurden aus ihrer Krankenversicherung ausgeschlossen, weil die Höchstsumme ihrer Versicherung erreicht

wurde. Menschen standen zum Teil stundenlang vor Tafeln an, um Nahrungsmittel für ihre Familien zu bekommen, und außerdem waren viele weitere Millionen Menschen von Zwangsräumung und Obdachlosigkeit bedroht. Und in vielen Fällen sind das eben Menschen, die sowieso schon benachteiligt sind, vor allem Geringverdiener und *People of Color*. Polizeivertreter*innen hingegen begründen den Anstieg von Waffengewalt und Morden damit, dass weniger Einsatzkräfte in den Straßen aktiv waren und es daher zu mehr Gewalt kam. Besonders am Limit waren die Einsatzkräfte mit den Einsetzen der *Black Lives Matter* Proteste nach dem Mord an George Floyd im Mai 2020. Aber auch bereits vor den Protesten wurden verstärkt Schusswaffen bei Polizeikontrollen gefunden. Die Gewalt stieg allerdings erst mit den Protesten an. Und interessant ist hier, dass das Gewaltniveau auch noch hoch blieb, nachdem wieder mehr Polizei in den Straßen war, was darauf schließen lässt, dass einfach mehr Menschen illegal Waffen trugen. Und daher vermuten Kriminologen, dass der Anstieg der Waffengewalt eher auf eine Vertrauenskrise gegenüber der Regierung und der Strafjustiz zurückzuführen ist, was sich auch deutlich in anderen Ereignissen wie eben den *Black Lives Matter* Protesten zeigt. Auch die steigenden Waffenkäufe könnten deshalb auf ein mehr oder weniger diffuses Gefühl der Unsicherheit zurückzuführen sein. Deshalb ist es auch kein Zufall, dass Waffenkäufe an mehreren Zeitpunkten während der Pandemie sprunghaft angestiegen sind. Zum ersten Mal, wie Sie gerade gesagt haben, im März 2020, als erste „stay-at-home-orders“ herausgegeben wurden und Coronafallzahlen plötzlich dramatisch angestiegen sind. Dann allerdings auch im Juni 2020, als die landesweiten Proteste nach dem Mord an George Floyd und Breonna Taylor begannen, die weithin auch als Hauptursache für den Anstieg von Waffenkäufe angesehen werden und in dem Kontext natürlich auch die Forderung einiger Politiker*innen und Protestierender, die Polizei abzuschaffen oder zumindest wesentlich zu verkleinern. Weiterhin gab es Anstiege um und kurz nach der Präsidentschaftswahl, wobei Waffenkäufe traditionell um größere Wahlen zunehmen, aus Angst davor, dass die künftige Regierung Waffenrechte einschränken könnte. Aber auch die Lüge von der angeblich gestohlenen Wahl des Präsidenten Trump dürfte das Vertrauen in demokratische Prozesse und Institutionen beschädigt haben und auch potenziell ein weiteres Sicherheitsbedürfnis geschaffen haben. Und ein weiterer vorläufiger Rekord wurde dann im Januar 2021 aufgestellt, also auch im Kontext des Sturms auf das Kapitol in Washington D.C. am 6. Januar. Die bisher höchste Zahl an Waffenkäufen wurde aber im März dieses Jahres vermerkt, also in dem Monat, in dem der Prozess gegen Derek Chauvin, dem Mörder von George Floyd, begann, der ebenfalls von weiteren Protesten begleitet wurde. Und im selben Monat machten weitere Todesfälle durch Polizeigewalt wieder Schlagzeilen, wie die Tode von Anthony Alvarez, Mohammed Anwar, Adam Toledo und auch der Tod von Marvin Scott in Polizeigewahrsam. Und letztlich kam es im März auch wieder verstärkt zu Massenschießereien, wie zum Beispiel in Orange County, in Boulder, Colorado und auch in Atlanta. Und wenn wir uns die Schießerei in Atlanta genauer anschauen, dann stellen wir fest, dass hier eben besonders asiatische und asiatisch-stämmige Opfer zu beklagen waren, was auch zu einem Anstieg von Waffenkäufe durch asiatisch-stämmige Amerikaner*innen geführt hat. Und man geht allgemein davon aus, dass fast die Hälfte der Waffen, die zusätzlich gekauft wurden, an Erstkäufer*innen ging. Und das spricht eben auch dafür, dass sich viele Menschen einfach nicht sicher fühlen.

Anja Schüler: Sie haben eben schon erwähnt, dass Waffenkäufe oft vor Wahlen zunehmen, weil man eben neue Gesetzgebung fürchtet, weil man Einschränkungen fürchtet des Rechts Waffen zu kaufen und zu tragen. Nun hat ja die Biden Administrationen im Frühjahr erste Schritte unternommen, die den Waffenbesitz eindämmen sollen. Die amerikanische Bundesregierung will jetzt sogenannte Geisterwaffen verbieten, die man aus einem Bausatz zusammensetzen kann, die keine Seriennummer haben und deren Besitz keinen *Background Check* erfordert. Und von diesen Waffen wurden in den letzten Jahren, man glaubt es kaum, zehntausende beschlagnahmt. Es sind auch weiterreichende Maßnahmen vorgesehen, wie das Verbot von Sturmgewehren, das Schließen von Schlupflöchern bei den *Background Checks* oder das Ende des Schutzes der Waffenhersteller vor Haftungsklagen. Aber dafür benötigt man die Zustimmung des Kongresses, und wie so oft scheint eine parteiübergreifende Zusammenarbeit illusorisch. Wo stehen denn die Parteien in dieser Diskussion?

Stefanie Wallbraun: Parteipolitisch ist es so, dass die Republikaner deutlich für den liberalen Waffenbesitz stehen und Demokraten für eine stärkere Regulierung. Meist ist es so, dass Republikaner sich gegen jede noch so kleine Regulierung aussprechen und stattdessen für noch eine weitere Liberalisierung des Waffenrechts. Besonders auf Bundesebene ist dieser Gegensatz sehr deutlich. In den Kammern der Bundesstaaten kann das allerdings sehr variieren, abhängig davon, wie ländlich oder konservativ der jeweilige Staat ist und welche Waffentradition es dort gibt. Das ist vor allem auch deshalb interessant, weil es in der Bevölkerung schon einen breiten Zuspruch für zumindest einen Teil der diskutierten Maßnahmen gibt. Zum Beispiel, dass die Schlupflöcher bei den *Background Checks* geschlossen werden sollen, dass es eine zentrale Datenbank mit allen Waffenkäufen geben sollte und dass Sturmgewehre und Munitionsmagazine mit einer hohen Kapazität verboten sein sollten. Und solche Maßnahmen werden eben auch von vielen Wähler*innen der Republikanischen Partei begrüßt. Was sich jedoch nicht im Kongress widerspiegelt, was aber wiederum dringend notwendig wäre, um Mehrheiten zur Reform des Waffenrechts zu erreichen. Eine wichtige Rolle spielen hier auch Organisationen der Waffenlobby wie die *National Rifle Association*, die fast ausschließlich Politiker*innen der Republikanischen Partei unterstützen. Einerseits mit Wahlkampfspenden, andererseits aber auch mit Unterstützungsschreiben oder der Vergabe von Schulnoten entsprechend dem Wahlverhalten zu Waffenpolitik in der Vergangenheit, um eben den Mitgliedern deutlich zu machen, wen sie wählen sollten, um für ein liberales Waffenrecht oder zumindest gegen die Einschränkung von Waffenrecht zu stimmen. Dazu kommt auch, dass sich die amerikanische Politik in den letzten Jahrzehnten generell stark polarisiert hat und somit nicht nur im Bereich der Waffenpolitik Kompromiss wesentlich schwieriger ist. Denn Kompromissbereitschaft, wie wir wissen, ist ja grundlegend für die Funktionalität einer Demokratie, aber heute auch in diesem Bereich häufig mit hohen Kosten und auch einer Gefährdung der politischen Karriere in der Partei verbunden. Und auch hier spielen Lobby-Organisation wie die eben genannte *NRA* eine Rolle, denn sie betreiben aktiv Kampagnen gegen Politiker*innen, Parteien und Politik, die ihren Zielen entgehenlaufen. Und dafür benutzen sie eben auch spalterische Botschaften und nicht selten auch bewusst Falschinformationen. Und damit tragen sie dazu bei, dass Wähler*innen ganz falsche Vorstellung von dem haben, was Politiker*innen im Feld der Waffenpolitik eigentlich erreichen wollen. Häufig wird zum Beispiel verbreitet, dass es

um die Abschaffung des Second Amendment geht oder um das Verbot aller Waffen, wobei das aber gar nicht der Fall ist.

Anja Schüler: Dann verraten Sie uns doch zum Schluss noch ein paar Details über Ihr Forschungsprojekt. Wie wollen Sie dem gesellschaftlichen Polarisierungspotenzial der amerikanischen Waffenkultur auf die Spur kommen? Was sind zum Beispiel Ihre Quellen und wie gehen Sie die Sache methodisch an?

Stefanie Wallbraun: Wir sprechen ja meistens über Massenschießereien und auch Schießereien an Schulen, weil diese am häufigsten in den Medien aufgegriffen werden und natürlich auch besonders schockierend sind. Aber das ist eben nur die Spitze des Eisberges, wenn wir über Waffengewalt in den USA sprechen, denn der weitaus größere Teil von Waffengewalt spielt sich in einem anderen Kontext ab. Und deshalb möchte ich in meiner Dissertation auch eine andere Perspektive einnehmen. Ich bin ja Doktorandin im Graduiertenkolleg „Autorität und Vertrauen“, und deshalb spielt Vertrauen auch eine große Rolle in meiner Forschung. Vertrauen, Polarisierung und Waffenkultur werden aber normalerweise nicht in einem Atemzug genannt, obwohl sie sich doch stark aufeinander auswirken. In meiner Arbeit wende ich einen interdisziplinären Ansatz an, um die kulturelle Bedeutung von Waffen zu verstehen und zu analysieren, welche politischen Auswirkungen die Affinität der Amerikaner*innen zu Waffen hat. Denn was bedeutet dieser Waffenbesitz eigentlich und welchen Nutzen sollen diese Waffen haben? Es geht nämlich nicht nur um die Waffe an sich, sondern auch darum, dass sie Menschen dazu veranlasst, Dinge in die eigenen Hände zu nehmen, statt sich auf den Staat zu verlassen, der ja eigentlich das Gewaltmonopol innehat und dieses für die Sicherheit der Bürger*innen nutzen sollte. Und hier möchte ich zeigen, dass Polarisierung stark zu diesem Vertrauensverlust und sogar Misstrauen gegenüber dem Staat und der Fähigkeit, die Bürger*innen zu schützen, beiträgt. Deshalb ist es wichtig, mithilfe von Umfragen herauszufinden, ob diejenigen, die generell wenig Vertrauen in den Staat und ihre Mitmenschen haben, auch die sind, die Waffen besitzen und diese nicht hergeben möchten und welche Rolle diese Waffen im Leben dieser Waffenbesitzer*innen spielen. Ich gehe davon aus, dass Waffenkultur eben auf verschiedene Weise identitätsstiftend sein kann und somit in unterschiedlichem Ausmaß zur Polarisierung beitragen kann. Die Identität kann nämlich gezielt von politischen Akteuren zur Mobilisierung von Unterstützern angesprochen werden, aber auch um Wähler*innen gegeneinander aufzubringen und so weiterhin zur Polarisierung beizutragen.

Anja Schüler: Ja, vielen Dank, Stefanie Wallbraun, für diese Einblicke in Ihre Studie über Waffenkultur und gesellschaftliche Polarisierung in den USA. Wir sind schon ganz gespannt auf die Ergebnisse dieses Forschungsprojekts. Und das war die aktuelle Folge des HCA Podcast. Mein Name ist Anja Schüler und wir hören uns, wenn sie mögen in zwei Wochen wieder. Dann spreche ich mit dem Heidelberger Religionshistoriker Jan Stievermann über den amerikanischen Pfarrer und ehemaligen Sklaven James Pennington. Er erhielt vor über 170 Jahren einen Ehrendoktor der Universität Heidelberg und war vielleicht weltweit der erste Afroamerikaner, dem diese Auszeichnung zuteilwurde. Auch das wird sicherlich ein sehr spannendes Gespräch, und wir freuen uns, wenn Sie unseren Podcast wieder anklicken. Der HCA Podcast wird produziert vom Heidelberg Center for American Studies mit freundlicher Unterstützung der Jacob Gould Schurmann Stiftung. Redaktion: Welf Werner und Anja

Schüler; Technik: Julian Kramer; Audio-Logo: Thomas Steinbrunner. Wir danken Ihnen fürs Zuhören und verabschieden uns für heute. Bleiben Sie uns treu, und bleiben Sie gesund.